

SIND PRIVATE SCHULEN BESSER?

Nein, sagt Gabriele Behler

Privatschulen führen zu sozialer Ungerechtigkeit und machen Ausgrenzung zum Programm.

VON Gabriele Behler | 11. Februar 2010 - 07:00 Uhr

Contra

Der Trend läuft zu ihren Gunsten. Privatschulen erleben eine steigende Nachfrage. Entsprechend vielfältiger und bunter wird das Angebot. Elterninitiativen gründen Schulen, Wirtschaftsunternehmen, auch internationale Ketten und Konzerne breiten sich mit neuen pädagogischen Konzepten in Deutschland aus.

Und wer will es Eltern übel nehmen, dass sie für ihre Kinder die beste Schule suchen? Die neuen Privatschulen werben mit kleinen Lerngruppen, individueller pädagogischer Betreuung, Internationalität, engagierten Lehrern, guten Lernerfolgen. Wer aber meint, der private Charakter einer Schule gebe eine Garantie für den Schulerfolg, täuscht sich. Privatschulen sind nicht per se die besseren. Alle vergleichenden Untersuchungen zeigen, dass Lernergebnisse und Lernatmosphäre durchaus spiegelbildlich zu öffentlichen Schulen sind.

Der Idealismus mancher Gründung verkennt die Wucht von Alltagsproblemen und unterschätzt die Qualitätsanforderungen an fachlich guten Unterricht.

Über weitere Risiken von Privatschulen wird kaum gesprochen: die ungesicherte langfristige Finanzierung, die auch zum Konkurs führen kann, die Beeinflussung der Lerninhalte durch Geldgeber, der Streit um das richtige pädagogische Konzept, der Trägervereine und Geldgeber spalten und damit existenzgefährdend werden kann, die Kontrolle der Qualität der Lehrer, deren Abhängigkeit von sachfremden Trägern, die zweifelhafte Anerkennung von Abschlüssen, die Auswahl der Lerninhalte, die Abhängigkeit von Moden, die nicht einmal für die Dauer eines Schülerjahrgangs halten, und nicht zuletzt Schulgebühren bis an die 20000 Euro im Jahr und pro Kind.

Öffentliche Schulen haben in den vergangenen 20 Jahren eine Menge von den Privatschulen gelernt: das eigene Profil zu schärfen, klare erzieherische Grundsätze, das Schulprogramm, die eigene Verantwortung bis hin zum Personal und dem Finanzbudget, durchaus in Konkurrenz zueinander, ohne die kurze staatliche Leine. Das war überfällig, und der Weg ist längst nicht zu Ende. Die privaten Schulen waren und sind eine sinnvolle Ergänzung. Sie füllen Lücken im staatlichen Angebot.

Das Prinzip taugt aber nicht zur Leitschnur politischen Handelns. Schulen gehören zur zentralen Infrastruktur einer Gesellschaft. Was und wie gearbeitet, gelernt, erzogen wird, ist

nicht nur eine individuelle, private Entscheidung, sondern ist demokratisch zu legitimieren und auch zu kontrollieren.

Die Formel »Privat vor Staat« kündigt einen gesellschaftlichen Konsens auf. Das Marktmodell forciert eine Desintegration, die die Verlierer in die Obhut staatlicher Systeme gibt und damit isoliert. Sie forciert auf der anderen Seite habituelle Gemeinsamkeiten gesellschaftlicher Eliten, bei denen der Zugang entscheidend von der Herkunft abhängt. So werden Ghettos zementiert statt geöffnet, und zwar auf beiden Seiten der gesellschaftlichen Skala. Darüber können auch die noch so gut gemeinten Beschwörungen von Barmherzigkeit durch Stipendien oder scheinprogressive Pädagogikformeln nicht hinwegtäuschen. Dass sich die Folgen vor allem in sozialer Entmischung bemerkbar machen, ist durch Studien längst belegt.

Nun hat Pisa gezeigt, dass eklatante Mechanismen der sozialen Ausgrenzung auch im öffentlichen System wirksam werden. Wer hier aber als Heilmittel die St.George's-Schulen, die Einrichtungen der Phorms AG oder die sogenannten Internationalen Schulen des Sabis-Konzerns anpreist, macht diese Ausgrenzung zum Programm, statt sie im staatlichen System abzubauen. Im Gegenteil: Hier wäre überhaupt erst mal staatliche Steuerung und Kontrolle nötig.

Wichtigste politische Aufgabe ist es, dem öffentlich verantworteten Bildungssystem seine Reputation zu erhalten beziehungsweise zurückzugeben, mit einer guten Finanzausstattung, mit klarer Orientierung an Leistungen, an sozialem Ausgleich, an demokratischer Kultur und vielen unterschiedlichen Angeboten in großer Freiheit. Dies weiterzuentwickeln ist die wichtigste Herausforderung für alle politisch Verantwortlichen, die aufhören sollten, durch parteipolitische Instrumentalisierung das öffentliche System zu beschädigen. Also: Macht die öffentlichen Schulen attraktiv!

[Lesen Sie das Pro von Bernahrd Bueb hier!](#)

Gabriele Behler war Bildungsministerin in Nordrhein-Westfalen

Diesen Artikel finden Sie als Audiodatei im Premiumbereich unter www.zeit.de/audio

COPYRIGHT: DIE ZEIT, 11.02.2010 Nr. 07

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2010/07/C-Spezial-Privatschulen-Contra-Behler>